

„Klare Absage an jede rechtliche Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung“

Stand: 28.11.2022 | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Ricarda Breyton**
Politikredakteurin



Migranten vor der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt

Quelle: picture alliance/dpa/dpa-Zentral

Im Bundestag rügen Migrationsexperten den Ampel-Plan für ein neues Aufenthaltsrecht, von dem viele abgelehnte Asylbewerber profitieren könnten. Eine Kritik: Die großzügigen Bedingungen kämen etwa auch Geduldeten zugute, „die keinerlei Initiative zur Integration gezeigt haben“.

In einem sind sich Gegner wie Befürworter des geplanten Migrationsgesetzes einig: Die Zahl der ausreisepflichtigen Migranten in Deutschland ist zu hoch. Rund 300.000 lebten zum Stichtag 31. Juni in Deutschland, unter ihnen viele Menschen mit abgelehntem Asylantrag.

Freiwillig haben sie das Land bislang nicht verlassen, abschieben konnten sie die Behörden aber auch nicht: Weil entweder Personal in den Ausländerbehörden fehlt, die Heimatländer bei der Rückführung nicht kooperieren oder die Betroffenen selbst bei der Klärung ihrer Identität nicht mitwirken.

Doch während Innenpolitiker der oppositionellen Unionsfraktion verbal darauf beharren, dass die Menschen ausreisepflichtig seien,

setzt die Ampel einen anderen Fokus. Mit einem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht (<https://welt.de/239761835>) soll ein Teil der Ausreisepflichtigen die Perspektive für einen legalen Aufenthalt erhalten. Innerhalb eines Jahres sollen Personen, die seit mindestens 2017 im Land sind, noch notwendige Voraussetzungen sammeln können.

Lesen Sie mehr Artikel unserer jungen Autoren auf WELT Next und diskutieren Sie mit!

JETZT WELT NEXT LESEN

Ricarda Breyton

Es sei hinreichend bekannt, dass ein Großteil der Menschen ohnehin nicht abgeschoben werden könne, hatten Ampel-Vertreter zuvor erklärt. Es handele sich um eine Situation, von der niemand profitiere. „Unser Ziel ist es, diesen Selbstbetrug zu beenden.“ Noch in dieser Woche soll das Gesetz den Bundestag passieren – als eine der ersten großen migrationspolitischen Initiativen der Koalition.

Wird damit der „Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik“ eingeleitet, wie es die Grünen behaupten? In einer Expertenanhörung im Bundestag wird deutlich, dass es so einfach nicht ist. Tatsächlich baut die Ampel-Koalition gesetzliche Regelungen aus, die bereits die Vorgängerregierungen geschaffen haben. Allerdings könnte die Neuregelung neue Anreize für Migration setzen. Außerdem verwischen die Grenzen zwischen illegaler und legaler Migration weiter.

Migrationsforscher Thym übt harte Kritik

Schon jetzt gebe es diverse Möglichkeiten für abgelehnte Asylbewerber, doch im Land zu bleiben, schreibt der Asylrechtsexperte Daniel Thym ([/politik/deutschland/plus235930402/Schengen-Zurueckschicken-von-unerlaubt-Eingereisten-soll-kuenftig-erlaubt-sein.html](https://politik/deutschland/plus235930402/Schengen-Zurueckschicken-von-unerlaubt-Eingereisten-soll-kuenftig-erlaubt-sein.html)) von der Universität Konstanz in einer Stellungnahme. So könnten ausreisepflichtige Migranten, die mindestens 18 Monate in Deutschland geduldet wurden, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, falls sie unverschuldet an der eigenen Ausreise gehindert sind. Dies sei „bis heute der wichtigste Legalisierungspfad“, schreibt Thym.

Mehr als 55.000 Menschen leben derzeit mit einer solchen Aufenthaltserlaubnis im Land – Menschen, die früher einmal vollziehbar ausreisepflichtig waren. Eingeführt hatte die Regelung die damalige rot-

grüne Bundesregierung Anfang der 2000er-Jahre. Über die Jahre seien weitere Bleiberechtsregelungen hinzugekommen. Etwa für gut integrierte Jugendliche, Fachkräfte, Migranten in Ausbildung oder Beschäftigung, außerdem für Härtefälle.

Bei dem nun geplanten „Chancen-Aufenthaltsrecht“ gehe es „um eine Ausweitung der Bleiberechte für abgelehnte Asylbewerber, nicht um einen Neuanfang“, schreibt Thym. „Allerdings erfolgten bisherige Legalisierungskampagnen im rechtlichen Hinterzimmer, ohne dass man viel darüber sprach.“

Das ist nun anders – das geplante „Chancen-Aufenthaltsrecht“ wurde breit diskutiert, auch weil die Fraktionen selbst das Thema setzten. Folgt man Thym, könnte diese Debatte zu einer verstärkten Migration führen. Zwar sei das Thema Pull-Faktoren komplex, einzelne Gesetze seien selten Anreiz für stärkere irreguläre Zuwanderung. Stattdessen ist es wohl eher das Gesamtbild, das eine Gesellschaft abgibt, das Migrationsentscheidungen beeinflusst.

Eine „kluge“ Migrationspolitik müsse darauf achten, heißt es in der Stellungnahme, „welche Bilder und Signale sie aussendet, damit nicht eine humanitär sinnvolle Maßnahme für abgelehnte Personen, die bereits hier leben, dazu führt, dass künftig mehr Personen kommen“. Deutlich kritisierte Thym das Ziel der Ampel, Migrations- und Sprachkurse auch für Menschen aus sicheren Herkunftsländern zu öffnen. Dies zeuge von einem Integrationsverständnis, das „nicht mehr zwischen dem rechtmäßigen und unrechtmäßigen Aufenthalt unterscheidet“.

Bayerns Asyl-Landesamt warnt vor zu viel Großzügigkeit gegenüber Geduldeten

Auch der Deutsche Landkreistag bemängelt die Sprache der Ampel. Es sei bedenklich, „wenn auf dem Vorblatt des Gesetzentwurfes formuliert wird, ein modernes Einwanderungsrecht biete Chancen auch für diejenigen, die ausreisepflichtig sind, sich aber erfolgreich in unsere Gesellschaft integrieren und sich rechtstreu verhalten“, erklärte der Sachverständige Klaus Ritgen. Wenn erfolgreiche Integrationsbemühungen und Rechtstreue ausreichen, um aus einem ursprünglich rechtswidrigen einen rechtmäßigen Aufenthalt zu machen, sei dies „eine klare Absage an jede rechtliche Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung“.

Axel Ströhlein, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Asyl und Rückführungen, kritisierte, dass „Sinn und Zweck des Asylrechts ausgehöhlt“ werden könnten. Die großzügigen Voraussetzungen kämen auch Geduldeten zugute, „die keinerlei Initiative zur Integration gezeigt haben, trotz Möglichkeit jahrelang nicht ausgereist sind und die Aufenthaltsbeendigung oft über Jahre hinweg durch fehlende Mitwirkung an zumutbaren Handlungen zur Identitätsklärung vereitelt haben“.

Unterstützt wird das Gesetzesvorhaben allerdings von Flüchtlingsorganisationen – und auch von zahlreichen Vertretern der Wirtschaft. Deren Verbände hatten zuletzt betont, dass ausreisepflichtige Migranten eine wichtige Personalquelle in zahlreichen Branchen darstellen. Nicht nur im Bereich der Fachkräfte, sondern auch bei Tätigkeiten, für die niedrige Qualifikationen verlangt werden. Zum Beispiel in der Gastronomie oder auf dem Bau. Für die anstrengenden Tätigkeiten finden sich offenbar nicht ausreichend Deutsche.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242381697>